



Bürgermeister
Theo Steinröx
Rathaus
52156 Monschau

Monschau, 10.01.2008

Abwasserbeseitigungsgebühren 2008

Ratssitzung am 18.12.2007 und Urteil des OVG NRW vom 18.12.2007 - 9 A 3648/04

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

nach dem o. g. Urteil des OVG NRW ist es klar, dass unsere in der letzten Ratssitzung beschlossene Gebührensatzung nicht mehr zu halten und rechtswidrig ist.

Die SPD Fraktion hatte schon wegen des Gebührenmaßstabes in der Ratssitzung die Gebührensatzung für 2008, wie auch in den Vorjahren, abgelehnt.

In der Entscheidung stellt das Oberverwaltungsgericht NRW in Münster in seinem Urteil (9 A 3648/04) klar, dass nur der Frischwassermaßstab für die Inanspruchnahme der städtischen Abwasseranlage, bei der Entsorgung von Schmutz- und Niederschlagswasser **nicht gerecht** ist. Es führt weiter aus, dass der Frischwasserbezug nicht geeignet ist, den gebührenrelevanten Umfang der Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasseranlage für die Einleitung von Niederschlagswasser zu bemessen.

Weiter stellt es auch heraus, dass der Senat in der Vergangenheit den einheitlichen Frischwassermaßstab akzeptiert hat (Vgl. etwa: OVG NRW 9 A 1248/92 und 9 A 2190/99). An dieser Auffassung hält der Senat aber nicht länger fest, da nach heutiger Sicht der einheitliche Frischwassermaßstab gegen §6 Abs. 3 Satz 2 KAG NRW verstößt.

Auch die Argumentation, die kostengünstige Ermittlung der Abwasserentsorgungsgebühren nach dem einheitlichen Frischwassermaßstab vermag dieses nicht zu rechtfertigen. Das OVG NRW führt aus, dass es den Kommunen freisteht z. B. ohne großen finanziellen Aufwand im Rahmen der Selbstveranlagung der Gebührenschuldner die angeschlossenen versiegelten Flächen zu ermitteln. Pflichtwidrig gemachten Angaben können die Kommunen durch Kontrollen und Nachveranlagungen entgegenwirken.

Die SPD Fraktion teilt daher, wie in der Vergangenheit auch öfters erwähnt, die Vorstellung des OVG NRW über die Kostengünstigkeit der Selbstveranlagung. Es geht jedoch allerdings darum, hier keine handwerklichen Fehler zu machen. Für unsere Menschen in Monschau ist es wichtig eine kostengünstige Lösung zu suchen.

Es geht natürlich nicht an, wie wohl der aufmerksame Leser im Kontext der Aussage des Beigeordneten der Nachbarkommune dem Zeitungsbericht entnehmen konnte, dass aus irgendwelche Gründen, nur weil man verwaltungsseitig gegen die Einführung der gesplitteten Gebühr ist, aber gerichtlich gezwungen wird, auch noch Hürden aufgebaut und Steine in den Weg gelegt werden.

Kurzum, mir liegt das Urteil des OVG NRW vor. Über meine Möglichkeiten verfügt die Verwaltung in Monschau gewiss. Ich gehe davon aus, nach ihrer Aussage am Montag dieser Woche lag das Urteil noch nicht vor, dass es zwischenzeitlich vorliegt. Ansonsten bin ich gerne bereit ihnen das Urteil zukommen zu lassen. Ein klein wenig wird für mich hier natürlich auch die Einstellung zur Sache wiedergespiegelt.

Die SPD Fraktion beantragt deshalb in der nächsten Fachausschusssitzung, Bau- und Denkmalpflegeausschuss am 19.02.2008, die weitere Vorgehensweise der Verwaltung vorzustellen und zu beraten.

Mit freundlichem Gruß

Gregor Mathar
(Fraktionssprecher)